

Treffen der Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika: Entwicklungspolitische Organisationen fordern die Bundesregierung auf, die Finanzierung dieser Allianz zu beenden

Berlin, 30. November 2018 Am 3. und 4. Dezember findet in Berlin das Treffen der Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA) statt. Die entwicklungspolitischen Organisationen im Forum Umwelt und Entwicklung warnen im Vorfeld vor den Folgen der Initiative für kleinbäuerliche Erzeuger*innen und die Umwelt und fordern die Bundesregierung auf, deren Finanzierung zu beenden.

„Das Menschenrecht auf Nahrung und menschenrechtliche Prinzipien spielen bei AGRA keine Rolle“, sagt Roman Herre von FIAN Deutschland. Dabei hebt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den Menschenrechtsansatz immer wieder als Grundprinzip der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hervor. „Der Ansatz von AGRA hat mit moderner Entwicklungszusammenarbeit nichts zu tun“, so Herre. „Will die deutsche Entwicklungspolitik nicht eine Reise in die Vergangenheit antreten, muss sie schleunigst aus AGRA aussteigen und sich auf ihre Prinzipien besinnen.“ Zukunftsorientiert wäre stattdessen die Unterstützung der FAO-Initiativen zu Agrarökologie.

AGRA wurde 2006 von der Bill und Melinda Gates-Stiftung und der Rockefeller-Stiftung gegründet. Sie strebt eine Transformation der afrikanischen Landwirtschaft hin zu einer inputintensiven und kommerziellen Landwirtschaft an. Private Investitionen sollen dabei gefördert und Investoren angelockt werden. Große Agrar- und Ernährungsunternehmen, wie Bayer-Monsanto, Cargill oder Yara sind an den Vorhaben entweder direkt als „Entwicklungspartner“ beteiligt oder über personelle Überschneidungen auf Führungsebene eng damit verflochten. Der Co-Vorsitzende von AGRA zum Beispiel sitzt im Vorstand des Palmölunternehmens Feronia aus Kanada und des Agrarkonzerns Zambeef aus Sambia. Diese kontrollieren im Kongo respektive Sambia je über 100.000 Hektar Land und sind in Landkonflikte mit Kleinbauern und –bäuerinnen verwickelt. „Mit AGRA geht es vor allem darum, die Interessen des Agribusiness zu fördern“, sagt Jan Urhahn von der Entwicklungsorganisation INKOTA. „Bäuerliche Erzeuger*innen bleiben bei AGRA auf der Strecke, bestehende Machtungleichgewichte werden kaum beachtet und neue Abhängigkeiten geschaffen.“

AGRA gefährdet bäuerliche Saatgutssysteme

Bäuerliche Betriebe vermehren ihr Saatgut meist selbst, tauschen es untereinander und entwickeln ihr Saatgut eigenständig weiter. Ihr Saatgut ist lokal angepasst, erschwinglich und erhält die Artenvielfalt. „Mit den von AGRA vorangetriebenen Saatgutgesetzgebungen droht in Afrika der Ausschluss des bäuerlichen Saatguts“, sagt Stig Tanzmann von Brot für die Welt. Stattdessen würden Konzerne ihr Saatgut exklusiv auf den Markt bringen können. Ein Großteil der von AGRA geförderten Projekte habe zum Ziel, die Anwendung von chemischem Dünger zu erhöhen. „Mit Programmen zur Steigerung des Einsatzes von synthetischen Düngemitteln werden Pfadabhängigkeiten zu einer inputintensiven Landwirtschaft geschaffen, aus denen sich nur noch schwer aussteigen lässt.“, so Tanzmann.

Weitere Informationen:

Neues Hintergrundpapier „Eine unheilvolle Allianz – Die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“:
https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2018/11/Hintergrundpapier_AGRA_Unheilvolle-Allianzpdf.pdf

Ansprechpersonen:

- Roman Herre, FIAN Deutschland, Tel.: 0221 47 44 91 13, Mobil: 0152 07 06 73 02,
E-Mail: r.herre@fian.de
- Stig Tanzmann, Brot für die Welt, Tel.: 030 65 21 11 82 0, Mobil: 0174 16 30 39 3,
E-Mail: stig.tanzmann@brot-fuer-die-welt.de
- Jan Urhahn, INKOTA-netzwerk, Tel. 030 42 08 20 25 6, Mobil: 0176 70 61 03 81,
E-Mail: urhahn@inkota.de